

Pressemitteilung

Sehr geehrte Damen und Herren,

hiermit übersende ich Ihnen folgende Pressemitteilung mit der Bitte um Veröffentlichung:

In der heutigen Sitzung des Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss des Rates der Stadt Rheinberg wird unter anderem über den Antrag der drei Bürgerinitiativen zu den Bergwerken West und Walsum beschlossen.

Diese Beschlussfassung wurde vom Rat am 08.04.2003, auch mit dem Ziel eines möglichst einstimmigen Beschlusses, zur Beratung in den Fachausschuss verwiesen.

Ziel war es, den Beschluss des Kreistages, der auf die Kernforderungen der Bürgerinitiativen begrenzt ist, auch im Rat zu fassen.
Darauf basiert auch der Beschlussvorschlag der Stadtverwaltung.

Zwischenzeitlich hat sich die Sachlage aber dadurch geändert, dass der Planfeststellungsbeschluss vorliegt.

Ebenso wie der Vorstand der SGB, empfindet die CDU die Begründung zur Planfeststellung als sehr unausgewogen und bergbaugeprägt.

Hier wird in den Begründungen ausschließlich die Position der Antragstellern DSK, einschließlich der Bewertung der politischen Absichten der Bundes- und Landesregierung, sowie in der Auslegung des Bundesberggesetzes, gestärkt. Die Interessen der betroffenen Bürgerinnen und Bürger werden deutlich zurückgestellt, und die Auswirkungen des Bergbaus werden herabgespielt und verharmlost.

Vor diesem Hintergrund sieht sich die CDU veranlasst, ein deutliches Zeichen zur Wahrung der Interessen der Rheinberger Bürgerinnen und Bürger zu setzen.

Deshalb wird die CDU, gemeinsam mit der FDP, eine Erweiterung des Beschlusses, über den Kreistagsbeschluss und den Verwaltungsvorschlag hinaus, vorschlagen und abstimmen.

Diesen Beschlussvorschlag finden Sie in der Anlage.

Mit freundlichen Grüßen

Resolution des Rates der Stadt Rheinberg zu den Rahmenbetriebsplänen der Bergwerke Walsum und West

Ergänzend zu seinen Stellungnahmen im Rahmen der Planfeststellungsverfahren zur Genehmigung der Rahmenbetriebspläne für die Bergwerke Walsum und West der DSK (siehe Anlage), fordert der Rat der Stadt Rheinberg die Bundesregierung und die Landesregierung Nordrhein- Westfalen auf, in der in der nächsten Zeit zu konzipierenden und zu verabschiedenden Vereinbarung über die Anschlussregelung für den im Jahre 2005 auslaufenden Kohlekompromiss, verbindlich folgende Grundsätze festzuschreiben:

Unter dem Rhein, seinen Deichen und Niederterrassen darf Steinkohlenbergbau wegen der durch ihn induzierten Hochwassergefährdungen nicht mehr betrieben werden.

Die Vergrößerung bestehender und / oder die Schaffung weiterer Überflutungsflächen im Zusammenhang mit bergbaulichen Aktivitäten ist in der Niederterrassenregion des Rheins nicht mehr zulässig.

Dem Prinzip der Nachhaltigkeit ist unbedingt zu folgen.

Auf dieser Grundlage gibt es keine andere Möglichkeit als die, die bergbaulichen Aktivitäten der Bergwerke Walsum und West zu beenden.

Zur Abfederung von sozialen Härten, und zur Beschleunigung des dringend notwendigen Strukturwandels, sind die dadurch eingesparten Subventionsmittel in der betroffenen Region einzusetzen.

(Entwurf der CDU vom 6. 5. 2003, Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss)